

ZUM THEMA VERWALTUNGSREFORM

Verwaltungsmodernisierung in Städten und Gemeinden – Einschätzungen und Perspektiven

Die österreichischen Städte und Gemeinden haben in den letzten Jahren – insbesondere auf der konzeptionellen Grundlage des NPM – sehr viele und sehr erfolgreiche Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung gesetzt (was nicht zuletzt auch zu einer überaus positiven Erfolgsbilanz österreichischer Wettbewerbsbeiträge bei den zurückliegenden Speyerer Qualitätswettbewerben geführt hat).

Modernisierungsschwerpunkte

In der unlängst vom KDZ für den Städtetag 2007 durchgeführten BürgermeisterInnenbefragung¹ wird einmal mehr deutlich, dass die Städte und Gemeinden trotz der Erfolge der Vergangenheit auch in den kommenden Jahren weitere Maßnahmen zur Modernisierung der Verwaltung setzen wollen. Allerdings ist im Gegensatz zu früheren Jahren derzeit kein dominierender Reformtrend erkennbar. Abhängig von der Gemeindegröße und sonstigen lokalen Erfordernissen und Gegebenheiten verfolgen die Städte und Gemeinden sehr unterschiedliche Optimierungsansätze: Während etwa das Thema E-Government und Maßnahmen zur Restrukturierung der Organisation eher Themen der größeren Städte sind, liegt das Augenmerk der kleineren Gemeinden vielfach auf generellen EDV-Verbesserungen. Auch das Thema Bürgerservice und die Optimierung von Abläufen sind eher Themen der größeren Städte; wohingegen der weitere Ausbau der Kostenrechnung sowie der Ausbau der Gemeindekooperation häufiger als Handlungsfeld von Gemeinden mit weniger als 10.000 EinwohnerInnen genannt werden.

Die Antworten lassen aber auch vermuten, dass in den Gemeinden derzeit eine gewisse Konsolidierung erfolgt, indem laufende und teilweise pilothafte Maßnahmen in die Fläche getragen oder verfestigt werden sollen, bevor neue Projekte starten. Etwas überraschend war, dass generell Themen wie Qualitätsmanagement oder die etwas anspruchsvolleren Bausteine des NPM (z. B. Dezentrale Ressourcenverantwortung, die Ergebnis- und Wirkungsorientierung) nur selten aufscheinen. Auch fällt auf, dass etwa im Kontext der Fragen zu mehr Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsarbeit das „Setzen von Anreizen zur Förderung wirtschaftlichen Handelns“ (z. B. mittels Schaffung der dezentralen Ressourcenverantwortung) sowie der Auf-/Ausbau von öffentlich-privaten Kooperationen (PPP) eine relativ geringe Bedeutung zu haben scheint. Mit Blick auf eine Erweiterung des Modernisierungsspektrums wären hier gezielte politische Impulse durchaus wünschenswert.

In der Befragung attestieren die befragten BürgermeisterInnen wiederum der „Politik“ eine große Offenheit für Fragen der Verwaltungsmodernisierung. Demgegenüber scheinen die Mandatäre dafür eher seltener eine aktive Gestaltungsrolle bei der Verwaltungsmodernisierung einzunehmen und somit das Interesse am Thema letztlich größer zu sein, als der Wunsch nach einer aktiven Mitwirkung an Modernisierungsprojekten (Ist Verwaltungsmodernisierung eventuell kein politisch verwertbares Thema?).

Auch wenn die Befragung dies nicht explizit zum Gegenstand hatte, vermuten wir nach wie vor, dass Modernisierungsmaßnahmen meist punktuelle und eher anlassbezogene Aktivitäten sind (z. B. um ein bestimmtes Einsparvolumen zu lukrieren). Unklar ist bislang, ob und in welchem Umfang es dagegen Programme in den Gemeinden gibt, die im Sinne einer systematischen Innovationspolitik eine kontinuierliche Modernisierungspolitik betreiben.

Erweiterung der Reformdiskussion

Wie aufwändig es ist, Veränderungen in der öffentlichen Verwaltung umzusetzen und bestehende Strukturen zu verändern, macht einmal mehr ein Bericht des Rechnungshofes deutlich (Vorschläge des Rechnungshofes zur Verwaltungsreform und zum Bürokratieabbau; Reihe 2007/1). In dem Bericht umreißt der Rechnungshof den aus seiner Sicht bestehenden „Reformstau“ im Sinne von bereits bekannten, aber noch nicht genutzten Modernisierungsmöglichkeiten im öffentlichen Sektor. Auch wenn der Bericht aus Sicht der Gemeinden eher generalisiert und die vielen bereits realisierten Modernisierungsaktivitäten der Städte und Gemeinden vielleicht nicht hinreichend würdigt und eher Bund und Länder zu Aktivitäten auffordert, bietet er auch für die Städte und Gemeinden interessante Anregungen für deren Modernisierungsüberlegungen. So etwa die Forderung des Rechnungshofes zu einer verstärkten Kooperation der Gemeinden, wozu das KDZ mit seiner Publikation „Interkommunale Kooperation“ im vergangenen Jahr bereits konstruktive Anregungen gegeben hat.

Der aktuelle Anstoß des Rechnungshofes macht aber erneut ein eher grundsätzliches Problem der öffentlichen Reformdiskussion deutlich: Dass die Erbringung von öffentlichen Leistungen möglichst sparsam erfolgen soll und dazu alle Möglichkeiten zur Optimierung ausgeschöpft werden sollten, ist nicht in Frage zu stellen. Allerdings sind öffentliche Leistungen vor allem auch unter den Gesichtspunkten Qualität der Leistungen (v. a. aus Sicht der Nutzer) und des Nutzens der Leistungen (respektive der Kosten der Inanspruchnahme) für jene, die Leistungen nachfragen (aber auch die Gesellschaft insgesamt), zu bewerten. Eine reine Inputorientierung der Reformdiskussion, die den Aspekt der Wirkungen öffentlicher Leistungen fast gänzlich ausschließt, greift jedenfalls zu kurz.

Gerade auf diesem Gebiet bietet sich für die kommenden Jahre auch für die Städte und Gemeinden ein noch weites und spannendes Reformfeld an.

Klaus Wirth, KDZ

Städtebund-Linktipp:
www.kdz.or.at

¹ An der Befragung haben insgesamt 59 Mitgliedsgemeinden des Österreichischen Städtebundes teilgenommen. Die Befragung kann unter www.staedtebund.at/staedtetag/2007 heruntergeladen werden.